

RESOLUTION

Ärztliche Schweigepflicht und informationelle Selbstbestimmung der Patienten erhalten

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburgs am 12.12.2019 fordert Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf, in seinem Fachbereich die deutschen Datenschutzgesetze umzusetzen und das Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

Die Vertreterversammlung der KV Hamburgs fordert:

1. Freiwilligkeit für Ärztinnen/Ärzte/Psychotherapeutinnen/ Psychotherapeuten und Patientinnen/Patienten in Bezug auf jegliche Datenweiterleitung von sensiblen Medizindaten und der Verbindung von Praxen mit externen Infrastrukturen.
2. Ausschließlich dezentrale, sichere Datenspeicherung im Medizinsystem.
3. Schutz der informationellen Selbstbestimmung als Grundrecht aller Bürger. Keine Datenauswertung für Forschungsprojekte ohne Zustimmung der betroffenen Patienten.

Für die freie Ärzteschaft: Silke Lüder
Für Hausarztverband Hamburg: Frank Stüven